

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 16

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Bernische Wahlen

-an- Am 4. und 5. Mai wird im Kanton Bern ein neuer Grosser Rat gewählt. Gleichzeitig ist die Regierung neu zu bestellen. Wir haben einen «Wahlgeometer» gefragt, wie er die Aussichten der verschiedenen Parteien bewerte. Er sagte uns: Die *Freisinnigen* werden abermals zurückgehen. Ihre Verluste sind umzurechnen in Gewinne der *Sozialdemokraten*. Die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* gehört ebenfalls zu den Gewinnenden. Wahrscheinlich wird sie die *Jungbauern* erledigen. Stabil wird die *K. K.-Partei* bleiben, denn sie besitzt ihren eisernen Wählerbestand. Die neue *PdA* erringt wahrscheinlich kaum einen Achtungserfolg, denn im Kanton Bern blüht ihr Weizen nicht wie in Zürich oder gar in Genf. Die *Unabhängigen endlich* werden wahrscheinlich zum grössten Teil verschwinden. *Duttweilers* politischer Stern sinkt auch bei uns. Summa summarum: Als Sieger werden die Bauern und Sozialisten dastehen, und es ist damit ein Schritt weiter getan auf dem Wege einer stabilen Koalition der beiden Parteien, welche die grössten Berufsgruppen vertreten. Ein Schritt weiter auf dem Wege auch zu einer Regierung, die in der Eidgenossenschaft die Waage senken wird auf die Seite eines «bedingt liberalistischen» politischen und wirtschaftspolitischen Kurses. Das heisst: Man wird im Kanton Bern *versuchen*, «*Freiheit*» und «*Planmässigkeit*» zu verbinden, so weit dies in der Macht des Kantons liegt; man wird planmässig die Förderung der Landwirtschaft auf der einen, die Verbesserung der sozialen Lage bei der Arbeiterschaft auf der andern betreiben. Darin mag ideell das Ergebnis der Grossratswahlen liegen. (Für die «liberalen Sozialisten», wie sich die Freiwirtschaftler nun umtaufen, ist vorderhand nichts zu erhoffen.)

Und die *Regierungsratswahlen*? Der «Wahlgeometer» zuckte die Achseln. Es sind zwei Sitze vakant. Herr *Dürrenmatt* hat seinen Nachfolger in der Person von Herrn *Siegenthaler* — die Bauernpartei portiert ihren Sekretär, und Widerspruch hat sich nicht erhoben. Herr *Rudolf* aber soll durch einen Sozialdemokraten ersetzt werden — der Parteianspruch der Linken wird vom Freisinn selbst anerkannt, nicht aber die Nominierung des sozialdemokratischen *Parteisekretärs Dr. Giovanoli*. Warum? Weil er ein Extremist sei. Man kann diesen Einwand nicht recht begreifen. Denn radikaler als Regierungsrat *Grimm*, ist *Giovanoli* nicht, und «extremistischer» auch nicht. Man sollte unterscheiden lernen. *Giovanolis* Zeitungsartikel zeigen eine klare Linie der Kritik am heutigen Wirtschaftssystem mit seinen Mängeln und erheben scharf ausgesprochene Forderungen auf Aenderungen. Wann aber hätte der Mann — etwa wie ein *M. Nicole* — eine politische Putschatmosphäre schaffen helfen? Beschaut man sich das genau, dann wird man nicht *Robert Grimm* zur Wiederwahl empfehlen und *Dr. Giovanoli* bekämpfen. Denn der eine hat sich, obgleich einst als «Extremist Nr. 1» beschrien, als prima Verwaltungsmann enthüllt — und warum sollte das nicht auch der Wirtschaftstheoretiker *Giovanoli* werden? So fragte der Wahlgeometer.

Um die Friedensverträge

Frankreich hat die Einladungen zur Friedenskonferenz versenden wollen, auf den 1. Mai, wie dies in Potsdam vereinbart wurde. Aber es scheint, dass wir meilenweit entfernt sind von der Möglichkeit, auf das vorgesehene Datum eine Konferenz anzusetzen, die Erfolg haben könnte. Es

soll sich ja um «Diktate» handeln, nicht um Verhandlungen mit den Satelliten, um Dokumente, die von den Vertretern der Besiegten zu unterzeichnen wären. Diskussionen sind nur vorgesehen in *einer* Hinsicht: Alle kleineren Staaten, die ihre Sonderforderungen haben, sollen sich dazu äussern, was sie an den «Verträgen», wie sie von den Grossen ausgearbeitet wurden, zu ändern wünschen. An einem Beispiel: *USA, Grossbritannien, Frankreich und Russland arbeiten den Friedensvertrag mit Italien aus*, d.h. die Aussenministerkonferenz tut das, und die Stellvertreter der Aussenminister arbeiten weiter, auch wenn die Konferenz nicht tagt. Sind diese vier Aussenminister einig, dann beginnt die Verhandlung mit den *Griechen*, den *Jugoslawen*, den *Albanern*, den *Abessiniern*, welche ihre Sonderansprüche gegenüber Italien haben und vielleicht nicht zufrieden sind mit dem, was ihnen die vier Grossen zugestehen wollen. Wird man mit diesen Kleinen einig, wird erst der definitive Text des Vertrages mit Italien niedergelegt. Und dann kommt es zur Unterschrift.

Doch wie soll die Aussenministerkonferenz einen *läufigen* Vertragstext ausarbeiten, wenn sich die Mächte über ihre eigenen Ansprüche nicht einigen können? Wenn *Russland nicht auf Triest verzichten will*, das jugoslawisch werden soll, die Engländer und Amerikaner aber, von Frankreich unterstützt, Triest bei Italien belassen wollen? Wie soll es zu einer Festlegung der *Nachfolge in den italienischen Kolonien* kommen, wenn die Russen nach wie vor auf der «*Treuhänderschaft*» über *Tripolitanien*, auf einem *Hafen im Dodekanes* bestehen, während die anderen derlei Wünsche gar nicht in Diskussion ziehen? Es kommt dazu die *Kompikation wegen Südtirol*, dessen österreichischen Charakter die Engländer mehr und mehr anzuerkennen scheinen — *USA und Frankreich dürften vielleicht beistimmen* — während die Russen immer noch den Standpunkt einnehmen, die Brennergrenze könne die Italiener dem Verlust von Triest versöhnen. Da *Oesterreich selbst nicht unter den «kleinen Siegerstaaten»* steht, hat es nicht das Recht, an der Pariser Konferenz seinen Standpunkt zu vertreten, und auch dies verwirrt das ganze Geschäft.

Man muss abwarten, ob sich vielleicht in der Haltung der einen oder andern Gruppe unter den Siegerstaaten etwas ändert, so dass eine Einigung eher möglich würde. *Ein merkwürdiges Signal* kam aus *Triest*. Dort fand zum erstenmal eine grosse Demonstration zugunsten der Italiener statt, an welcher sich italienische Kommunisten beteiligten, während sie bisher immer auf der jugoslawischen Seite gestanden. Was könnte das bedeuten? Die Gründe finden wir vielleicht im Ausgang der italienischen Gemeindevahlen, welche ein ausgesprochenes *Uebergewicht der Linken* ergaben. Es bestehen heute Aussichten, dass *Sozialisten, Kommunisten, die bürgerliche «Aktionspartei» und die «Christlich-Sozialen»* bei den Wahlen in die Konstituante mit einem ungeheuren Mehr abschneiden. In diesem Falle würde *Italien sicher Republik* und fast ebenso sicher *ein Staat, der wie Frankreich einen sozialistischen Kurs einschlagen würde*. Seit ein solcher Ausgang sicher scheint, betrachtet man in Moskau Italien mit andern Augen als bisher. Ein wenigstes rosarotes Apenninenland kann als «Staat im russischen Puffergürtel» mindestens ebenso wichtig werden, wie ein Jugoslawien, das an «*Masse*» lange nicht so schwer wiegt. *Helfen die Triestiner Kommunisten pro Italien demonstrieren, verschaffen sie dem italienischen Kommunismus auf die Konstituante-wahlen hin neuen Kredit*. In Italien selbst können sie neue

Parolen ausgeben, statt wie bisher «anti-patriotisch» zum Verzicht auf Triest aufzufordern. Kommt es aber zu dieser Frontschwengung des Kommunismus, dann darf man schliessen, dass Moskau selbst zu einer Schwengung bereit sei. Und nach einigen Rückzugsgefechten würde auch der Anspruch auf Tripolitanien zugunsten der Araber in Sicht liegen. Die Senussiflotte soll über Benghasi wehen. Moskau benutzt zweifellos die Gelegenheit, sich bei den Arabern einen Stein ins Brett zu setzen. Es bliebe dann noch der Dodekanes...

Die Balkanprobleme

entwickeln sich in einer so wenig befriedigenden Weise, dass auch da nicht abzusehen ist, wie man unter den Grossen zu einer Einigung über die *Friedensverträge mit Bulgarien, Ungarn und Rumänien* kommen könnte. Den strittigen Punkt bildet die *Frage der Handelsbeziehungen dieser Staaten mit der übrigen Welt*. Die Westmächte wünschen die «offene Tür» für ihre Produkte, wollen in die drei Länder exportieren und von dorthier importieren, wie sie das vor dem Kriege konnten, und zwar bevor die Deutschen sich dort beinahe ein Monopol erobert hatten. Sie wünschen nicht, dass an Stelle der nun gestürzten deutschen eine russische Vorherrschaft über Bodenschätze und Ernterträge Fuss fasse. Aber sie hat schon Fuss gefasst. Die *einseitigen russisch-rumänischen und russisch-ungarischen Handelsverträge* lassen für den Westen nichts übrig, keine Lieferungen und keine Bezüge. Darum hat nun ein sogenanntes fürchterliches Markten über diesen Punkt angefangen. Da es sich nicht um politische Sensationen handelt, vernimmt die zeitungslisende Masse im Westen kaum etwas davon; höchstens steht in einer zufälligen Notiz, dass die Aussenminister der Westmächte handelspolitische Gleichberechtigung verlangten, während die Russen auf den vor bald einem Jahre abgeschlossenen Verträgen beharrten.

Die *politischen Probleme* würden wohl automatisch gelöst werden können, sobald die Russen eine solche handelspolitische Parität für den Westen zugäben. Da sie das eine nicht geben wollen, erlauben sie auch nicht die vom Westen gewünschten Umgruppierungen in den verschiedenen Regierungen. So scheiterten in *Bulgarien* die Verhandlungen mit der Oppositionspartei, die «Vaterlandspartei» diktiert weiter, die Anerkennung durch die Westmächte bleibt darum aus, und kein Friedensvertrag ist möglich, solange nicht eine anerkannte Regierung besteht. In *Rumänien* wird die Anerkennung wieder rückgängig gemacht werden, wenn das Kabinett Groza die Wahlen noch lange hinauschiebt. Was *Ungarn* anbelangt, befürchtet man infolge der Inflation Massnahmen der Regierung, die das Land weiter von den westeuropäischen Einrichtungen entfernt, als es schon bisher war, Nationalisierungen, die sich dem Sowjetsystem nähern. Warum die Russen so wenig zur Linderung der Not im Lande beitragen und vor allem die Truppenbestände nicht reduzieren, ist eine offene Frage. Die *Diskussionen in der «UNRRA»* über die Frage, ob weissen Ländern beliefert werden sollen, in welchen die russischen Truppen die Vorräte aufzehren helfen, beleuchten ein düsteres Kapitel, und nur die Tatsache, dass in den russischen Wiederaufbaugeländen selbst prekäre Verhältnisse herrschen, vermag darauf eine teilweise einleuchtende Antwort zu geben.

Die nächste Ernte

spielt in all diesen Problemen eine entscheidende Rolle. Wir gehen in der Welt drei Monaten entgegen, die zur Katastrophe führen würden, gäbe es keine «angelsächsische Verteilungsplanung», wie sie nun an der *Londoner Getreidekonferenz* festgelegt wurde. *Amerika und England* wollen sparen — nicht einfach schematisch durch die Wiedereinführung der Rationierung, die aber immerhin möglich ist — wohl aber durch systematische Propagierung

der Idee, *allen überflüssigen Verbrauch zu stoppen*, alle greifbaren Vorräte der «UNRRA» zum schleunigen Abtransport und zur Verteilung in den Mangelgebieten zur Verfügung zu stellen, und zwar nach einem Schlüssel, der die abgestuften Notstände in allen Ländern zur Basis hat.

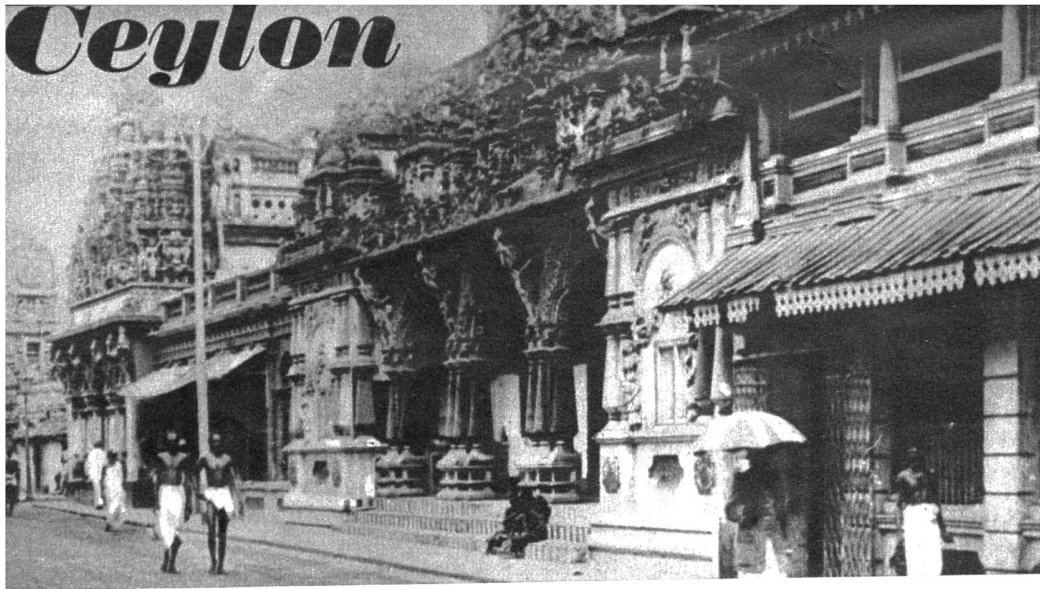
Die Russen und ihre Satelliten haben an dieser Konferenz gefehlt. Es wird vielleicht eines Tages auskommen, dass sie ihre eigene Planung für das Gesamtgebiet zwischen «Don und Elbe» hatten und in Gang setzten, während die andern noch debattierten. Genug, sie blieben fern und liessen die Debatten nur durch einen polnischen Delegierten beobachten. Es wurde sehr übel vermerkt, dass sie auf eigene Faust *Weizen nach Frankreich* lieferten, um damit die französischen Kommunisten moralisch zu unterstützen, fanden doch geradezu Feierlichkeiten auf dem ersten russischen Schiffe statt, das in Marseille seine Ladung löschte. Man sollte sich über derlei «politisch gefärbte Hilfsaktionen» nicht zu sehr entrüsten. Denn jeden Tag erleben wir, dass «die andern» öffentlich die russische Teilnahmslosigkeit gegenüber der Welthungergefahr anprangern und sich damit in ein günstiges Licht setzen, als jene «Mächte, die helfen», während die Russen abseits stünden.

Der russische Weizenverkauf nach Frankreich — es handelte sich nicht um eine Schenkung — gehört zweifellos in ein *weitreichendes politisches Programm*. Darüber soll man sich nicht täuschen. In Frankreich und Italien geht das politische Ringen für das nächste halbe Jahrhundert darum, ob die beiden Linksparteien, Sozialisten und Kommunisten, oder die ebenfalls mit halbsozialistischen Programmen arbeitenden «Christlich-Sozialen» in beiden Ländern die Oberhand gewinnen sollen. Erhalten die Linksparteien schliesslich das Uebergewicht, kommen die «Volksfront-Regierungen» ans Ruder, wird der politische Katholizismus langsam ausgeschaltet, dann hat Russland zwei «Vorposten» gewonnen, welche als dichte Zwischenlage die russischen Grenzen weit nach Westen hin sichern.

Es ist natürlich die Frage, ob schliesslich in dieser Linksorientierung der beiden einstigen Grossmächte, die es nun nicht mehr sind, *die mehr zur britischen Labour-party neigenden Sozialisten* am Ende die Führung gewinnen, oder ob es beim labilen Gleichgewicht zwischen ihnen und den Kommunisten bleibt. Auch die Russen wissen, dass eine ganze Welt die beiden Parteien trennt. Auf der einen Seite werden die alten Menschenrechte gegen die allmächtigen Staatsansprüche verfochten, auf der andern Seite herrscht die Staatsgläubigkeit, welche nicht mehr zu wissen scheint, welches Geschenk die vor kaum anderthalb Jahrhunderten erkämpften bürgerlichen Freiheitsrechte für den Bürger bedeuteten. Wenn es nach russischem Rezept ginge, würden sich die zwei Linksparteien fusionieren, unter Führung des Kommunismus natürlich. In Frankreich, in Italien, in Belgien und vor allem auch in Deutschland. So ist *in Berlin über den Kopf der sozialistischen Parteifolgschaft hinweg nun eine solche Fusionierung erfolgt*, soweit die Russen befehlen. Anderswo aber steigern sich die Widerstände gegen ein solches Aufgefressenwerden. Das wissen auch die Russen und gehen diplomatisch vor.

Es mag ihnen vorläufig genügen, wenn beide Parteien zusammenspannen, wie beispielsweise in Frankreich, wo sie gemeinsam die Aktion gegen Franco betreiben; gerade eine solche Aktion mag sie zusammenspannen. *USA und England haben sich entschlossen, den Fall Spanien vor der «UNO» zu diskutieren* und damit der Forderung der Russen, die dahinter steht, geschmeidig auszuweichen. Auf die Verhandlungen des Sicherheitsrates über den Fall Franco kann man sehr gespannt sein. Denn sein allfälliger Sturz und die Aufrichtung eines Linksregimes würde den russischen «Schutzgürtel» bis nach Gibraltar vorschieben. Eine für Moskau um Vieles wichtigere Sache als Friedensverträge, falls sie nicht auch, wie im Falle Italien, russische Wünsche zu fördern scheinen.

Ceylon



Unter den zahlreichen Stätten der Kultur Colombos reicht der älteste hinduistische Tempel bis ins 14. Jahrhundert zurück

Vorderindien, eines der reichsten Gebiete der Welt, ist schon seit langer Zeit immer mehr oder weniger im Brennpunkt der internationalen Politik gestanden. Als Kronkolonie des britischen Weltreiches trägt es viel zum Reichtum und zur Macht Grossbritanniens bei. Einen nicht geringen Beitrag an diesem Reichtum leistet die der grossen Halbinsel vorgelagerte Insel Ceylon, welche manchem Indienfahrer einen ersten Einblick in die tropische Wunderwelt des Fernen Ostens gewährt.

Colombo ist die Hauptstadt der Insel. Sie ist der grosse Stapel- und Umschlagsplatz für die weltwirtschaft-

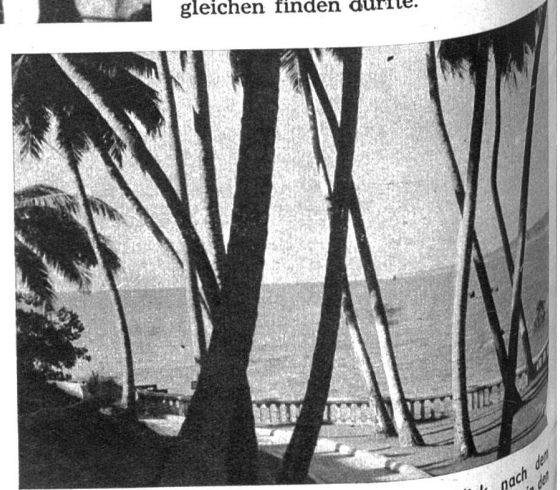
lich wichtigsten Tropenprodukte, insbesondere Tee, Gummi, Zucker usw.

Wie auf einer Musterkarte sind die zahlreichen Völkerschaften des Fernen Ostens in Colombo versammelt, eine jede erkennbar an Hautfarbe, Haarwuchs, Kleidung und Schmuck, Arbeit und Wohnkultur. Zu Tausenden kreuzen die uralten von Ochsen gezogenen indischen Ueberlandwagen mit hochgewölbtem Dach die Lastautos der chinesischen Händler und die vornehmen Wagen der europäischen Geschäftsleute.

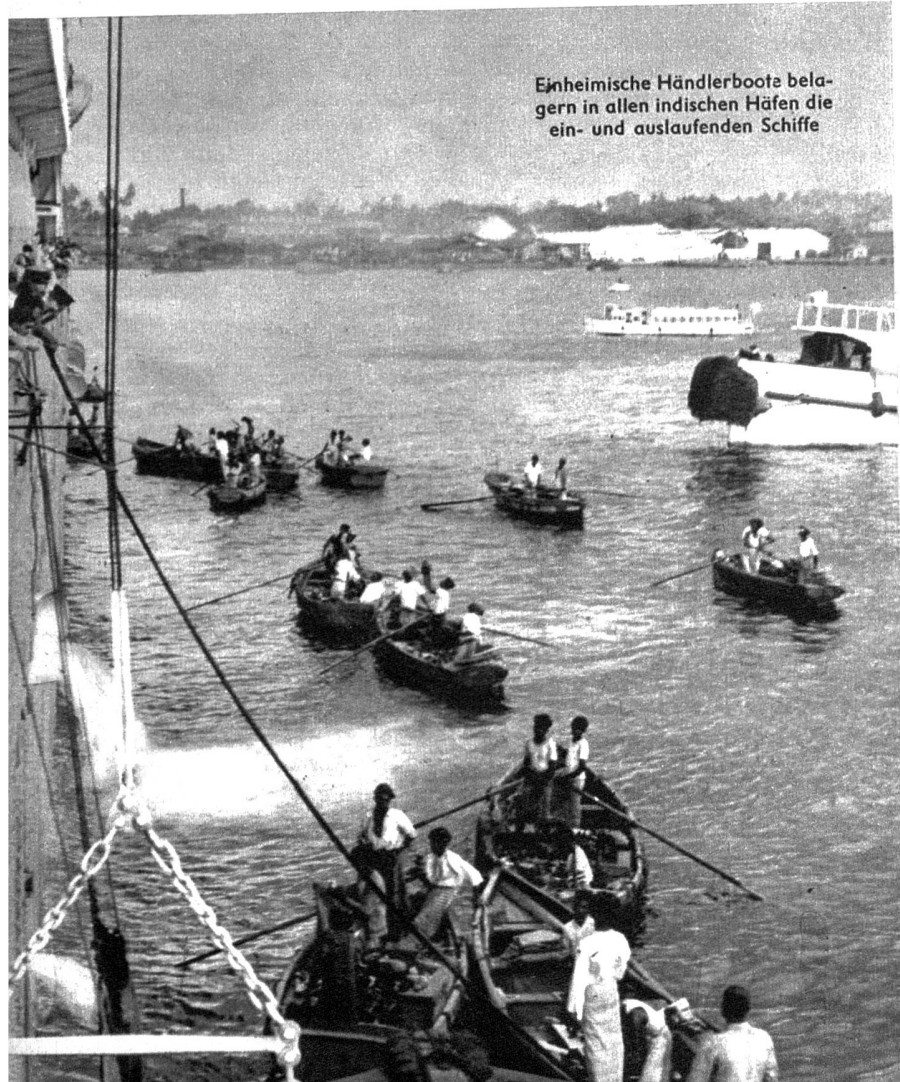
Zahlreiche Bauten erzählen im Querschnitt die bewegte Geschichte der Insel. Ein Wachturm ist erhalten aus

der ersten Zeit europäischer Bestimmung durch die Portugiesen. Das Fort, die heutige europäische Geschäftsstadt erinnert an die nachfolgende Zeit der Holländer, und im Cinnamon Garden, einer einst undurchdringlichem Dschungel abgerungenen Parkstadt, haben sich die Europäer mit vornehmen Wohnhäusern, Klublokalen usw. niedergelassen. Elefanten, aus Ebenholz und Elfenbein geschnitzt, sind die Spezialität, mit der die einheimischen Händler die Reisenden bestürmen, und es ist wohl selten einer, dem es gelingt, ohne ein solches Andenken an Ceylon aus dem Schwarm des Händlervolkes dieser Hafenstadt zu entkommen.

Für den Ausreisenden wird Colombo zu einem unvergesslichen Erlebnis, das in seiner Eigenart wohl kaum seinesgleichen finden dürfte.



Unter hochstämmigen Kokospalmen, den Blick nach dem unendlich blauen Meer gerichtet, wandelt der Europäer in den Gärten des Mount Lavinia, dem Erholungsort Colombos



Einheimische Händlerboote belagern in allen indischen Häfen die ein- und auslaufenden Schiffe



Naturverwachsene Kinder umschwärmen den weissen Menschen, der sicher ein paar Kupfermünzen für sie bereit hat



In unabsehbaren Wäldern hochragender Kokospalmen öffnet sich dem Neuankommenden die tropische Welt